

zerne. Ihr Tätigkeitsbereich sind vor allem die Atom-, die Raum- und Luftfahrt- sowie die Elektronik- und auch die Chemieindustrie. Die imperialistischen Rüstungsausgaben und weitere Staatshaushaltsmittel fließen vornehmlich in diese Konzerne.

Genannt seien hier solche US-Konzerne wie zum Beispiel General Dynamics, der 1981 für 3,4 Milliarden und 1982 für 4,4 Milliarden Dollar Kampfflugzeuge und Trident-U-Boote produziert. Hohe Profite aus der Rüstungsproduktion erzielten auch McDonnell Douglas und United Technologies Corporation. Dazu kommen Lockheed, Boeing, Northrop, Grumman, General Electric - von den Monopolbanken ganz zu schweigen.

Nicht selten versuchen imperialistische Ideologen, der Hochrüstungswirtschaftspolitik einen humanen Anstrich zu geben; es würden doch dadurch Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden. Die aus den imperialistischen Ländern vorliegenden Arbeitslosenstatistiken sind die besten Argumente zur Widerlegung solcher Behauptungen. So stiegen zum Beispiel in den NATO-Ländern im Zeitraum von 1974 bis 1980 die Rüstungsausgaben auf das 1,5fache. In dieser Zeit stieg die Zahl der Arbeitslosen in diesen Ländern etwa in der gleichen Proportion, nämlich von 14 auf 20,5 Millionen. Analysen der Beschäftigungsentwicklung in der imperialistischen Rüstungsindustrie machen sogar deutlich, daß selbst in diesen Unternehmen trotz wachsender Rüstungsproduktion die Beschäftigtenzahl abnimmt. Demagogien von der angeblichen Erhaltung von Arbeitsplätzen durch Rüstungsproduktion sind selbst bürgerlichen Wirtschaftspolitikern zuviel. Denn sollte die Vollbeschäftigung in den Ländern des Kapitals von der Steigerung

der Rüstung abhängig sein, so wäre doch damit ein vernichtendes Urteil über die Grundlage der Wirtschaftsordnung der westlichen Welt gesprochen.

Arbeitsplätze werden also durch die Rüstung nicht geschaffen. Fest steht auch, daß sich die soziale Lage der Werktätigen mit zunehmender Rüstungsproduktion verschlechtert. Und genauso ist erwiesen, daß die Rüstungskonzerne ein Mehrfaches an Gewinn schelfeln als die Unternehmen, deren Produktion zivilen Bedürfnissen dient. So beträgt in den USA in bezug auf das Grundkapital in den Unternehmen außerhalb der Rüstung der Profit 8 bis 12 Prozent, in der Rüstungsindustrie aber 30 bis 40 Prozent.

An der Fertigung von Waffensystemen, von Ausrüstungen und militärischem Gerät beteiligt zu sein verheißt in der kapitalistischen Welt Perspektiven, von denen ansonsten kaum ein Unternehmer oder Monopolmanager zu träumen

### Rechte der Werktätigen skrupellos beschnitten

Ein wesentliches Anliegen ist es, im Interesse der Realisierung von Höchstprofiten die Krisenlasten auf die Massen abzuwälzen. Das erfolgt mit dem Ziel, die für eine profitbringende Konfrontation- und Hochrüstungsstrategie geplanten Mittel frei zu machen. Daraus resultiert, daß das Monopolkapital skrupellos die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse beschneidet.

In den kapitalistischen Industrieländern sind zur Zeit etwa 30 Millionen Erwerbslose offiziell registriert, davon 10 Millionen in den USA. Das macht das ohnehin nicht garantierte Recht auf Arbeit zur Farce, degradiert Millionen zu „Überflüssigen“ und ermöglicht in den Betrieben verschärfte Ar-

wagt. Bei der Rüstungsproduktion kann man gewiß sein, daß die Ware auf jeden Fall abgenommen wird. Man kann ohne Risiko produzieren. Es gibt langfristige Aufträge und Kapazitätsauslastung, denn Konjunkturschwankungen sind ausgeschlossen. Dazu kommt, daß die Abnahmepreise langfristig vertraglich vereinbart werden. All das sind Quellen für sichere und hohe Profite. Wachsende Profite für die Rüstungsmonopole auf der einen, zunehmende Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit für die Werktätigen auf der anderen Seite kennzeichnen das imperialistische System. Es ist ganz offensichtlich, daß das Monopolkapital die tiefgehende Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems zu einem langfristig angelegten Generalangriff auf die Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Werktätigen nutzt. Der Angriff richtet sich auf die Gesamtheit ihrer sozialen und politischen Rechte. Worum geht es ihm dabei?

beitshetze sowie kapitalistische Disziplinierung. Die Folgen der imperialistischen Hochrüstung sind aber noch weitergehend. So heizt die Rüstungsfinanzierung die Inflation an. Das führt zur Verschlechterung der sozialen Lebensbedingungen der Werktätigen, wozu die radikalen Einschränkungen in den Sozial-etats noch ein übriges tun. An vielen Anzeichen wird heute sichtbar, daß der staatsmonopolistische Mißbrauch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Militarisierung der Wirtschaft, zur Arbeitsplatzvernichtung und zu verschärfter Ausbeutung führt. Dem Wachsen der Profite der Monopolbourgeoisie stehen soziales Elend, Unsicherheit und Zukunftsangst